

Antragsteller: **Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

#### **Stärkung und Ausbau des Zivil- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland**

##### **Der 38. CDU-Parteitag möge beschließen:**

1 Die Bundesregierung wird aufgefordert sich unverzüglich und nachdrücklich für die Stärkung  
2 und Ausbau des Zivil- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland einzusetzen.

##### **Begründung:**

5 Deutschland weist im Bereich des Zivil- und Bevölkerungsschutzes gravierende Defizite auf.  
6 Während milliarden schwere Investitionen in die militärische Verteidigung vorgenommen  
7 werden, bleibt der Schutz der Zivilbevölkerung im Krisenfall weitgehend unberücksichtigt.  
8 Diese Vernachlässigung gefährdet nicht nur das Leben und die Gesundheit der Menschen in  
9 Deutschland – insbesondere der verletzlichen Gruppen wie Senioren, Kinder oder Kranke –  
10 sondern auch die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens in einer möglichen Notlage.

12 Die Realität ist ernüchternd: Es fehlt an Schutzräumen für die Bevölkerung, notwendige  
13 Vorräte an Lebensmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln sind nicht vorhanden. Die  
14 Kapazitäten im Gesundheitswesen sind bereits im Normalbetrieb überlastet – von der  
15 Krisenbewältigung ganz zu schweigen.

16 Die Liste lässt sich noch ergänzen: Es existieren kaum betriebsbereite Notunterkünfte, die  
17 Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen sind chronisch unterfinanziert und die  
18 freiwilligen Dienste werden weder ausreichend gewürdigt noch ausreichend gefördert.

20 Diese Situation ist nicht akzeptabel, zumal wir uns in einem sicherheitspolitisch instabilen  
21 Umfeld befinden. Spätestens mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist klar, dass auch  
22 Deutschland sich wieder auf konventionelle Bedrohungsszenarien einstellen muss –  
23 militärisch *und* zivil.

24 Die sogenannte "Zeitenwende" darf nicht auf die Bundeswehr beschränkt bleiben. Der  
25 Bevölkerungsschutz muss integraler Bestandteil jeder Sicherheitsarchitektur sein.

26 Zivilschutz ist nach Auffassung der Senioren-Union keine Nebensache. Er ist ein Ausdruck der  
27 Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgern – insbesondere gegenüber den  
28 besonders Schutzbedürftigen.

29 Die Senioren-Union sieht es als staatliche Pflicht, die Bevölkerung in Krisenlagen wirksam zu  
30 schützen.

31 Die Zeit zu handeln ist *jetzt* – nicht erst, wenn es zu spät ist.